

# STRATEGIEN FÜR BESCHÄFTIGUNGSANREIZE IN DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK

Ergebnisse und Handlungsschwerpunkte



Die vorliegende Broschüre wurde im Rahmen des einjährigen Projektes „Strategien für Beschäftigungsanreize in der gemeinsamen Agrarpolitik“ erarbeitet. Gefördert wurde das Projekt von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit aus dem Programm Progress.

Der Projektträger war die IG Bauen-Agrar-Umwelt, die Umsetzung erfolgte durch das PECO-Institut e.V. und das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V.. Die Projektpartnerschaft bestand weiterhin aus

- EFFAT, Europa
- Agrostar, Rumänien
- Forum Social Innovation, Frankreich
- ProGe, Österreich,
- OSPZV/ASO, Tschechische Republik
- FGA/CFDT, Frankreich.

Weitere Unterstützung erfolgte durch zahlreiche engagierte Gewerkschafter, Arbeitgeber- und Bauernverbandsvertreter, Wissenschaftler und weiterer interessierter Personen.

Allen Partnern und Teilnehmern des Projektes möchten wir noch einmal für Ihr aktives Mitwirken danken.

Das Projektteam

Berlin, im November 2011

**Herausgeber:**

IG Bauen-Agrar-Umwelt; Abteilung Agrar und Umwelt  
Holger Bartels, Luisenstraße 38, 10117 Berlin

**Redaktion:**

PECO Institut e.V.  
Inge Bieler

**Fotos:**

PECO-Institut e.V.  
Michael Busch

**Gestaltung:**

Carsten Stoof

Der Inhalt der vorliegenden Broschüre spiegelt nicht unbedingt die Meinung oder Haltung der europäischen Kommission wider.

3	Vorwort
4	Zeitleiste EU-Agrarpolitik – Von der Produktivitätssteigerung zur Beschäftigungsförderung?
7	Strategien für Beschäftigungsanreize in der Gemeinsamen Agrarpolitik - Ergebnisse aus dem Projekt
13	Arbeit in der europäischen Landwirtschaft - Offene Fragestellungen und Forschungsbedarf
15	Beschäftigungsanreize in der Gemeinsamen Agrarpolitik - Handlungsschwerpunkte der Gewerkschaften



# Vorwort

Holger Bartels, Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt



Als die Interessenvertreterin von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der deutschen Landwirtschaft ist die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt seit Beginn der europäischen Agrarpolitik an diesem politischen Geschehen beteiligt. Von Anfang an waren auch die agrarisch Beschäftigten von Entscheidungen aus Brüssel betroffen. Bis vor wenigen Jahren vorwiegend durch Arbeitsplatzverluste im agrarischen Strukturwandel, mittlerweile ändern sich in vielen Regionen die Verhältnisse und es entstehen völlig neue Strukturen. Immer mehr kleine Landwirte scheiden aus der Landwirtschaft aus, die Betriebe werden größer, neue Arbeitskräfte werden eingestellt.

Auch in der Politik schlägt sich die wachsende Bedeutung von Arbeitnehmern im primären Sektor nieder. Mit der Vorlage der Kommissionsvorschläge zur künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wird dies deutlich. Durch die Anrechnung der Lohnkosten bei der Kappung der Subventionen in der ersten Säule werden zum ersten Mal die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der ersten Säule der GAP berücksichtigt. In der zweiten Säule wurden zwei Ziele aufgenommen die seit Jahren schon auf dem Forderungskatalog der europäischen Landarbeiterschaft stehen:

- Wissenstransfer, mit der Aufforderung nach Lebenslangem Lernen in der Land- und Forstwirtschaft,
- sowie die Bekämpfung von Armut in den ländlichen Räumen.

Zu diesen Themen haben die europäischen Agrargewerkschaften seit Jahren Positionen bezogen und umfangreiches Wissen erworben.

Das Projekt „Strategien für Beschäftigungsanreize in der Gemeinsamen Agrarpolitik“ resultiert aus einer nationalen Diskussion in Deutschland über die wachsende Bedeutung von Beschäftigung in der Landwirtschaft. Unterschiedliche Konzepte zur Umsetzung von Beschäftigungsförderung im

Rahmen der Direktzahlungen einerseits und die Umsetzung von Vorstellungen zur „guten Arbeit“ und Einhaltung von sozialen Standards waren Grundlagen für dieses Projekt. Wie diese nationalen Vorstellungen sich in einen europäischen Kontext einfügen lassen war ein Ziel des Projektes. Die daraus resultierenden Ergebnisse zeigen einerseits die Chancen und Möglichkeiten für mehr Arbeitsplätze durch eine auf mehr Beschäftigung gezielte Agrarpolitik, andererseits die Defizite in der europäischen Agrarsozialforschung.

Somit erwachsen für die europäischen Gewerkschaften konkrete Ansatzpunkte wie sie in der nächsten Förderperiode für die Beschäftigten Verbesserungen erreichen können. Die in der Europäischen Föderation der Agrargewerkschaften (EFFAT) zusammengeschlossenen Arbeitnehmervertretungen haben die vergangenen Jahre genutzt, um ihre Themen und Inhalte zu platzieren. Uns ist es gelungen auf europäischer Ebene ein umfassendes Netzwerk aufzubauen. Das werden wir nutzen um für uns wichtige Themen weiter zu entwickeln.

In den nächsten Jahren wird sich zeigen, wie wir die für Arbeitnehmer wichtigen Bereiche, den Arbeits- und Gesundheitsschutz, das Lebenslange Lernen, die Einhaltung und Entwicklung von Sozialen Standards sowie die Zukunftsfragen im Zusammenhang mit Klimawandel und demografischer Entwicklung bearbeiten, Lösungen suchen und bewältigen werden.

Von der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 erwarten wir Unterstützung für unsere Bemühungen auf dem Weg zur zukunftsfähigen Landwirtschaft!

# Zeitleiste EU-Agrarpolitik – Von der Produktivitätssteigerung zur Beschäftigungsförderung?

Dr. Frieder Thomas, Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V.



## Arbeit und Beschäftigung in der Europäischen Agrarpolitik



Die EU-Kommission hat im Herbst 2011 Vorschläge zur Gestaltung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vorgelegt. Mit diesen Vorschlägen bekommen Beschäftigungsverhältnisse zum ersten Mal, seit es eine GAP gibt, eine gewisse Bedeutung. Derzeit stehen die europäischen Subventionen für die Landwirtschaft im wesentlichen in einem Verhältnis zur Fläche, die landwirtschaftlich bewirtschaftet wird. In Zukunft soll es eine Obergrenze geben, die pro Betrieb ausgezahlt wird („Kappung“). Betrieben, die davon betroffen wären, soll es jedoch möglich sein, Lohnkosten geltend zu machen. Beim gegenwärtigen Vorschlag (Redaktionsschluss 15.11.2011) wird die Obergrenze für jeden Euro Lohnkosten um einen Euro erhöht.

Die Bedeutung der Lohnarbeit als Einflussfaktor in der Agrarpolitik ist damit in der Realität gering. Sie begrenzt sich auf die wenigen Betriebe, die von der Obergrenze betroffen sein werden. Es sollte jedoch nicht unterschätzt werden, dass der Faktor „Lohnarbeit“ nun zum ersten Mal auftaucht und dies eine Neuorientierung in der Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik bedeuten könnte. In der Vergangenheit orientierte sich die GAP vor allem an Preisen, Produkten, Mengen und bewirtschafteter Fläche.

## Landwirtschaft: der erste gemeinsame europäische Politikbereich

Die Geschichte der GAP beginnt bereits mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1957. Die EWG wollte die durch den Zweiten Weltkrieg geschwächte Land- und Nahrungsmittelwirtschaft stärken, um die Bevölkerung mit ausreichenden Mengen an preiswerten Nahrungsmitteln zu versorgen. Die Agrarpolitik gehört damit zu einem der ersten Bereiche, in denen wirklich eine gemeinsame und einheitliche Politik im Rahmen der Europäischen Union (damals noch EWG) realisiert wurde.

## Produktivitätssteigerung

In den ersten zwei Jahrzehnten standen die gemeinsame Markt- und Preispolitik für landwirtschaftliche Produkte und strukturelle Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität im Vordergrund. Preispolitik bedeutete dabei: Es wurde ein System eingeführt, welches im Verhältnis zum Weltmarkt ein relativ hohes und stabiles Erzeugerpreisniveau garantierte. Dieses System animierte zu Investitionen und Produktivitätssteigerungen und war sehr erfolgreich. In der Landwirtschaft wurde ein ungeheurer Produktionsfortschritt erzielt. Allerdings sank der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen gleichzeitig enorm. Die Folgen dieser Politik zeigten sich im Verlauf der 1970er Jahre: Mit dem Produktivitätsfortschritt und der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion entstanden vier Probleme:

Der Mangel wurde beseitigt, aber nun gab es Überschüsse. Das europäische Preisniveau war aber durch das GAP-System so hoch, dass die Überschüsse nicht auf dem Weltmarkt abgesetzt werden konnten. Man sprach von Getreidebergen und Milchseen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Intensivierung der Produktion Umweltprobleme mit sich brachte.

Der Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft wurde zunächst nicht als grundsätzliches Problem gesehen. Im Gegenteil, er war die konsequente Folge des Übergangs von der Agrar- in die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Bedeutung bekam das Thema Landwirtschaft und Arbeit jedoch für sogenannte strukturschwache Regionen, in denen es keine Alternativen im Bereich von Industrie oder Dienstleistung gibt und aus denen viele Menschen abwander(te)n. Die GAP setzte aber nicht auf die Stabilisierung der Beschäftigung in der Landwirtschaft selbst, sondern förderte vor allem die Diversifizierung (wie z.B. den Einstieg landwirtschaftlicher Betriebe in Tourismus, Direktvermarktung etc.) und die Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen.



Nicht zuletzt war diese Politik teuer. Das Aufrechterhalten eines relativ hohen Erzeugerpreisniveaus, die Lagerhaltung für Überschüsse und die Subventionierung von Exporten kosteten viel Geld. Der Agrarhaushalt beanspruchte im Jahr 1979 etwa 70 Prozent des gesamten Gemeinschaftshaushaltes.

### Wettbewerbsfähigkeit

Um dem Überschussproblem Herr zu werden, wurden Mengenbegrenzungen für die Produktion eingeführt (Milchquote, später auch Flächenstilllegungen).

Aber vor allem wurde die internationale Wettbewerbsfähigkeit nun zu einem neuen Ziel. Dabei ging es vor allem um die Nahrungsmittelwirtschaft, die in Europa eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung hat. Die Landwirtschaft selbst sollte entsprechend günstige Rohstoffe liefern. Das erforderte einen drastischen Politikwechsel. Die EU hielt die Agrarpreise nicht mehr hoch, sondern zog sich aus der Preisstützung zurück. Um keinen drastischen Strukturbruch zu verursachen, wurden die Mittel des Agrarhaushaltes nun dazu verwendet, sogenannte Preisausgleichszahlungen vorzunehmen. Diese sollten die Verluste, die durch die drastischen Preissenkungen auftraten, kompensieren. Da diese Ausgleichszahlungen direkt an die landwirtschaftlichen Betriebe gehen, werden sie auch Direktzahlungen genannt.

Die Direktzahlungen waren anfangs an ganz bestimmte Produkte gekoppelt (z.B. Getreide, Rindfleisch, später auch Milch; keine Ausgleichszahlungen für Schweinfleisch oder Kartoffeln). Dieses System stand jedoch im Widerspruch zu sehr grundsätzlichen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Demnach dürfen konkrete Produkte nicht subventioniert werden. Daher sind diese Direktzahlungen inzwischen entkoppelt worden (in den EU-Mitgliedsstaaten in unterschiedlichem Ausmaß). Wesentliche Berechnungsgrundlage ist nun die bewirtschaftete Fläche, relativ unabhängig davon, was erzeugt wird. Arbeit und Beschäftigung spielten bei diesen Fragen keine Rolle.

### Nachhaltigkeit

Umweltprobleme durch die Intensivierung der Landwirtschaft wurden vor allem in der 1980er Jahren zunehmend zum Thema. Beim Übergang von der Preisstützung zur Wettbewerbsfähigkeit wurden daher auch erste Agrarumweltprogramme eingeführt. Diese sogenannten Flankierenden Maßnahmen hatten auch mengenreduzierende Effekte und trugen zur Verringerung des Überschussproblems bei. Daher wurden diese Programme auch von Beteiligten akzeptiert, die die Umweltprobleme nicht für gravierend hielten.



Mit der Agrarreform des Jahres 2000 wurden alle Maßnahmen, die zur Nachhaltigkeit der Landwirtschaft beitragen sollten, in ein Programm integriert (ELER, sogenannte 2. Säule). Hier finden wir derzeit sowohl die Investitionsförderung (Ziel: Wettbewerbsfähigkeit), die Agrarumweltprogramme als auch Förderprogramme zur Dorfentwicklung oder zur Diversifizierung von Unternehmen im ländlichen Raum.

Arbeit und Beschäftigung haben hier unterschiedliche Bedeutung. Die Investitionsförderung stärkt das investierende Unternehmen, heizt aber gleichzeitig den Strukturwandel an, der zum Arbeitsplatzabbau in der Landwirtschaft führt. Die Agrarumweltmaßnahmen bieten eine Bezahlung für den zusätzlichen Aufwand, der für besonders umweltschonendes Wirtschaften erforderlich ist. Die Förderung der ländlichen Entwicklung unterstützt die Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum außerhalb der Landwirtschaft – insbesondere in benachteiligten Regionen.



# Strategien für Beschäftigungsanreize in der Gemeinsamen Agrarpolitik - Projektergebnisse

Dr. Karin Jürgens, Kasseler Institut  
für ländliche Entwicklung e.V.

Die starke Verengung der europäischen Agrarpolitik auf eine Flächenförderung führt zu sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichten. Es fehlen bis jetzt Strategien für eine sozial gerechte und beschäftigungspolitische Gestaltung.

Das Projekt „Strategien für Beschäftigungsanreize in der Gemeinsamen Agrarpolitik“ wurde im Rahmen des EU-Programmes „Progress“ über eine Laufzeit von einem Jahr durchgeführt. Die Ziele des Projektes haben einen sehr aktuellen Ausgangspunkt: Für das Jahr 2013 stehen EU-Agrarreformen an. Mit ihren derzeitigen Vorschlägen zur Reform der GAP hat die Europäische Kommission die Förderung der Beschäftigung im ländlichen Raum und die Einführung sozialer Standards stärker in den Vordergrund gerückt. Die Forderung verknüpft sich unmittelbar mit einer gerechteren Verteilung der Direktzahlungen zwischen verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsformen.

## Tudor Dorobantu / Agrostar

Die Arbeiter, gerade die Tagelöhner, haben bei uns in Rumänien große Probleme. Die Schwarzarbeit nimmt zu. Wir brauchen eine Agrarpolitik, die stärker auf die Sozialen Probleme eingeht.



Wie sich die Agrarförderung darauf hin verbessern lässt, diskutierten und untersuchten gewerkschaftliche Sozialpartner aus fünf europäischen Ländern gemeinsam mit Landwirten, Vertretern landwirtschaftlicher Verbände und Wissenschaftlern in 4 regionalen Workshops und einer Abschlusskonferenz.

Die Ergebnisse der intensiven Analysen und Diskussionsbeiträge werden im folgenden Beitrag dargestellt. Als Grundlage für diese Diskussion hat das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V. im Rahmen dieses Projektes die Neuverteilung der Direktzahlungen am Beispiel von drei alternativen Reformansätzen berechnet, bei denen die Grundlage der Verteilung der Direktzahlungen eine Bindung an den Faktor Arbeit ist.

<sup>1</sup> Gerhard Horvoka 2011, Arbeit statt Hektar fördern – Standardarbeitszeitmodell für Direktzahlungen, in: Kritischer Agrarbericht 2012, Hg.: Agrarbündnis, im Erscheinen).

## Auf dem Prüfstand: Bindung der Direktzahlungen an den Faktor Arbeit

Die Direktzahlungen in der 1. Säule der GAP machen einen sehr großen Anteil des EU-Agrarbudgets aus. Ihre Auszahlung an landwirtschaftliche Betriebe erfolgt an die Fläche gebunden, pro Hektar in Form von Betriebsprämien. Dadurch erhalten wenige große Betriebe einen großen Anteil an den Direktzahlungen. Im Finanzjahr 2009 erhielten 82 Prozent der Betriebe der EU-27 bis zu 5.000 Euro Direktzahlungen pro Betrieb. Dies machte aber nur 15 Prozent der Fördermittel aus. Dagegen stehen 1,6 Prozent landwirtschaftliche Betriebe, die einen Anspruch von mehr als 50.000 Euro Direktzahlungen pro Betrieb erhielten. Diese 1,6 Prozent der Betriebe erhielten aber 32 Prozent der Direktzahlungen. Die Betriebe mit einem Anspruch von bis zu 5.000 Euro erhielten im Durchschnitt 902 Euro je Betrieb und Jahr, die Betriebe mit einem Anspruch von mehr als 50.000 Euro Direktzahlungen erhielten im Durchschnitt 100.230 Euro je Betrieb und Jahr <sup>1</sup>.

## Bindung an die Fläche macht Probleme

Kritisiert wird an diesem System, dass es wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Betrieben provoziert. Angesichts der zukünftigen Herausforderungen der europäischen Landwirtschaft wird zudem infrage gestellt, ob es anstelle der flächengebundenen Direktzahlungen nicht sinnvollere Möglichkeiten zur Verteilung der Steuergelder gibt und daher eine grundsätzliche Neuausrichtung notwendig ist, mit einer Verteilung der Direktzahlungen weg von der Fläche hin zur Arbeit.

### Flächengebundene Direktzahlungen

- begünstigten arbeitsex intensiv wirtschaftende flächenstarke Betriebe gegenüber arbeitsintensiven Betrieben und benachteiligen damit Tierhaltungsbetriebe gegenüber Ackerbaubetrieben,
- fördern also eine weitere Rationalisierung der flächenstarken Ackerbaubetriebe,

- und bieten entsprechend keine ausreichenden Lösungen für die „neuen Herausforderungen“ der EU-Landwirtschaft (Klima- und Umweltschutz, Erhalt der Biodiversität).

### Barbara Bindner / FGA / CFDT

Dieses Projekt ist ein gutes Beispiel wie europäische Zusammenarbeit gestaltet werden kann. Informationen werden ausgetauscht, unterschiedliche Ansätze diskutiert und gemeinsame Inhalte und Vorschläge entwickelt.



Zudem kennzeichnet sich das bisherige Direktzahlungssystem dadurch, dass:

- es hohe Kosten und einen hohen bürokratischen Aufwand verursacht,
- die Direktzahlungen für Landwirte heute einen sehr hohen Anteil ihres Einkommens ausmachen (in Deutschland betrug der Anteil der Direktzahlungen im Jahr 2010 laut des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) 52 Prozent des durchschnittlichen Einkommens).
- Strategien fehlen, die GAP zu einer Politik für alle in der Landwirtschaft tätigen Menschen und damit auch sozial nachhaltig zu gestalten.
- in der 1. Säule der GAP keine Maßnahmen für die Verbesserung der Qualität der Arbeit verankert sind (wie die Förderung legaler Beschäftigung, gegen Schwarzarbeit, Förderung des Arbeitsschutzes).

### Arbeit statt Fläche?

Im Deutschland gibt es drei grundlegende Reformvorschläge, die Direktzahlungen an Arbeit zu binden.

#### I. Korrektur

Korrekturen an bestehender Flächenzahlung, Kürzungen in Stufen

#### II. Indikator Arbeitskosten

Aufgabe der Flächenbindung, Direktzahlungen für Beschäftigungsanreize  
dazu: Bindung der Zahlungen an Sozialbeiträge als Indikator der Arbeitskosten

#### III. Standardarbeitszeit

Aufgabe der Flächenbindung  
Bindung der Zahlungen an standardisierten Arbeitsbedarf

Das Korrekturmodell (I) wurde bereits Anfang der 1990er Jahre von der Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL e.V.) in die Diskussion gebracht. Es geht im Prinzip in dieselbe Richtung, wie der Vorschlag der EU-Kommission vom Oktober 2011. Insgesamt ist das Modell aber einschränkender: Die Direktzahlungen werden weiter anhand der bewirtschafteten Fläche berechnet. Aber die Auszahlungen werden dann gestaffelt gekürzt, und zwar bereits ab einer Stufe von 30.000 Euro:

- 25 Prozent Kürzung bei 30.000 bis 100.000 Euro
- 50 Prozent Kürzung von 100.000 bis 200.000 Euro
- 75 Prozent Kürzung über 200.000 Euro



Der von der Staffelung betroffene Betrieb kann 50 Prozent seiner tatsächlich anfallenden sozialversicherten Lohnkosten in Ansatz bringen und so die Kürzungen kompensieren.

- Der Vorschlag zielt auf die bessere Berücksichtigung des höheren Arbeitsaufwandes bei arbeitsintensiven und vielseitigen Betrieben.
- In Deutschland wird der standardisierte Arbeitsbedarf von den landwirtschaftlichen Unfallversicherungen zur Ermittlung ihrer Beiträge angewendet.
- Es ist in Deutschland ein von den wichtigen landwirtschaftlichen Interessengruppen und Verbänden anerkanntes Verfahren.

In den europäischen Mitgliedsstaaten gibt es solche standardisierte Datensammlungen und Berechnungen zum Arbeitszeitbedarf in unterschiedlichen Ausführungen (z.B. in Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Frankreich, Tschechien, Rumänien).

Beide Modelle (II + III) haben das Ziel zur wirtschaftlichen Stabilität, Einkommenssicherung und zur Arbeitsentlastung auf landwirtschaftlichen Betrieben beizutragen. Zudem werden sich von ihnen positive Wirkungen auf die ländliche Entwicklung, die Umwelt und die Förderung einer vielseitigen Landwirtschaft erhofft.

#### Wie wirken die Modelle? Befragung landwirtschaftlicher Betriebe und Umrechnungsfaktoren

Im Projekt ist die Neuverteilung der Direktzahlungen am Beispiel von landwirtschaftlichen Betrieben berechnet, die typisch für die deutsche Agrarstruktur sind. Dies waren Verbundbetriebe, spezialisierte Ackerbau- bzw. Weidewirtschaftsbetriebe, Veredlungsbetriebe im Haupt- und Nebenerwerb, die entweder als juristische Personen oder auch als Einzelunternehmen organisiert waren. Die für die Berechnung notwendigen Daten stammen aus einer Befragung von 80 landwirtschaftlichen Betrieben. In dieser wurden für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 einzelbetriebliche Daten für den geplanten Vergleich erfasst: die Höhe der Zahlungsansprüche der Betriebe, die Sozialbeiträge in die Sozialversicherungen, die Flächennutzung

#### Bohumir Dufek / OSPZV-ASO

Die Ungleichheit zwischen den Alten und Neuen EU Staaten bei den Agrarsubventionen muss nach 20 Jahren der europäischen Einigung endlich aufhören. Ohne eine Gleichbehandlung ist der soziale Zusammenhalt in den ländlichen Regionen vieler neuer Mitgliedsstaaten gefährdet.



Der Vorschlag zielt auf eine größere Verteilungsgerechtigkeit ab und will zum Abbau der Wettbewerbsnachteile personalintensiver Betriebe beitragen. Auch wird davon ausgegangen, dass die Bereitschaft größerer Betriebe zur umweltschonenden Landwirtschaft erhöht wird.

#### Direktzahlungen anhand von Indikatoren für Arbeitskosten oder der Standardarbeitszeit (II+III)

Diese beiden Modelle rücken von einer Berechnung der Direktzahlungen abhängig von der Fläche ab. Einmal werden als Grundlage zur Bemessung der Direktzahlungen die Beiträge landwirtschaftlicher Betriebe in die gesetzliche Sozialversicherung verwendet (Modell II).

- Die Sozialbeiträge stellen einen proportionalen Anteil an den Arbeitskosten landwirtschaftlicher Betrieben dar und
- dienen darüber als Abbild der Arbeit der selbstständigen Landwirte und der lohnabhängigen Beschäftigten
- Die Kosten für die Arbeit sollen so gesenkt und die Beschäftigung gezielt gefördert werden.

In Modell III ist die Grundlage der Bemessung der standardisierte Arbeitsbedarf. Dieser errechnet sich aus kalkulatorischen Werten für den Arbeitsaufwand unterschiedlicher Produktionsverfahren (z.B. für Milchkühe, Geflügel, Mähdrusch, Zuckerrüben oder Grünland usw.).

und Viehhaltung zur Berechnung des standardisierten Arbeitszeitbedarfs, usw.).

Für die Neuverteilung der Direktzahlungen nach dem Indikator für Arbeitskosten (II) und der Standardarbeitszeit (III) mussten Umrechnungsfaktoren bestimmt werden. Wir haben dafür den Gesamtwert der Zahlungsansprüche, der Deutschland im Jahr 2006 zur Verfügung stand (nach dem Statistischen Jahrbuch, BMVEL 2009) in das Verhältnis gesetzt zur Gesamtsumme

- der kalkulatorischen Arbeitskraftstunden und
- der Beitragszahlungen landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland in die Sozialversicherungen.

<b>Gesamtwert der Zahlungsansprüche in Deutschland im Rahmen der Betriebsprämienregelung (5,5 Milliarden Euro für das Jahr 2006)</b>	
<b>ins Verhältnis gesetzt zu</b>	
<b>∑ stand. Arbeitsstunden</b>	<b>∑ Beitragszahlungen</b>
<b>6 Euro Direktzahlung je 1 kalkulatorische Arbeitsstunde</b>	<b>2,20 Euro Direktzahlung je 1 Euro Sozialversicherungsbeitrag</b>

Es ergaben sich Umrechnungsfaktoren von 6 Euro Direktzahlungen je einer kalkulatorischen Arbeitsstunde und 2,2 Euro Direktzahlung je 1 Euro Sozialversicherungsbeitrag.

### Beispiele für die Umverteilung der Direktzahlungen

1. *Spezialisierter Ackerbaubetrieb, 1470 ha LN, Restgrünland 138ha, dazu 17.268 Masthähnchen pro Jahr und 738 Mastschweine*

Bei Anwendung des Korrekturmodells würde dieser Betrieb immer noch 409.000 € erhalten. Seine Direktzahlungen werden um 56.000 Euro gegenüber den 2013 geltenden Prämienanspruch (465.000 Euro) gesenkt,



da er einen Großteil der Kürzungen durch 50 Prozent seiner tatsächlichen Lohnkosten anrechnen kann! Bei der Anwendung der Sozialbeiträge als Berechnungsgrundlage ergäbe sich durch die Bewirtschaftung mit Fremdarbeitskräften ein Anspruch von etwa 364.000 Euro. Würde die Standardarbeitszeit als Berechnungsgrundlage herangezogen, käme es zu einer sehr starken Kürzung um 401.000 auf 148.000 Euro, die sich im geringen Arbeitskräftebedarf begründet.

2. *Verbundbetrieb, 1400 ha LN, Grünland 285 ha, dazu 300 Milchkühe und Nachzucht, 1000 Mastschweine, Weidewieh*

Für diesen Betrieb würde sich das Korrekturmodell nicht weiter auswirken. Die im Jahr 2013 geltenden Prämienansprüche von 494.000 € würden dem Betrieb weiterhin ausgezahlt. Der Betrieb kann die Kürzungen durch Anrechnung der Lohnkosten voll kompensieren. Dagegen ergäbe sich bei der Berechnung der Direktzahlungen nach den Sozialbeiträgen ein viel höheres Volumen von 603.000 €. Es wird deutlich, dass dieser vielseitig organisierte Verbundbetrieb mit Fremdarbeitskräften begünstigt würde. Bei der Anwendung des standardisierten Arbeitszeitbedarfes würden seine Prämienansprüche allerdings stark gesenkt auf 208.000 €. Die Ermittlung des standardisierten Arbeitszeitbedarfs unterstellt sehr hohe Rationalisierungsvorteile bei großen Betrieben. Das führt im Falle dieses Betriebes zu Nachteilen.

3. *Milchviehbetrieb 110 ha LN, 50 ha Grünland, 80 Kühe und Nachzucht*

Im Gegensatz zu dem großen Verbundbetrieb Nr. 2 mit 300 Milchkühen würde dieser Betrieb eine Erhöhung von

4.600 Euro gegenüber den Prämienansprüchen von 2013 (38.900) erwarten können. Bei einer Anwendung der Sozialbeiträge als Berechnungsgrundlage käme es dagegen zu einer Senkung der Ansprüche um fast ein Drittel auf 26.200 Euro. Der mit Familienarbeitskräften bewirtschaftete Betrieb könnte diese Benachteiligung aber durch die Einstellung einer Arbeitskraft kompensieren, da er nach unseren Berechnungen in Deutschland für jeden Euro Sozialversicherungsbeitrag 2,2 Euro Direktzahlungen bekäme.

Bei den Verbundbetrieben und Veredlungsbetrieben in der Größenordnung um 100ha LN waren die Wirkungen der Modelle ähnlich.

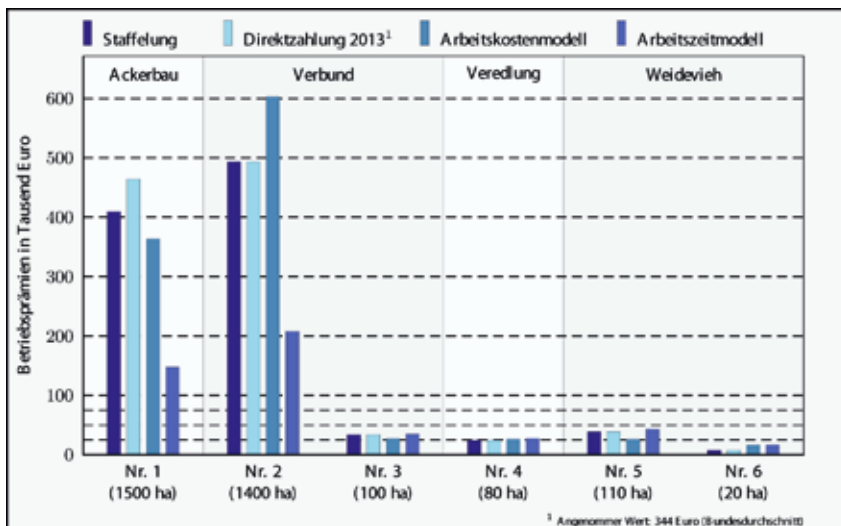


### Stärken und Schwächen der Modelle im Vergleich

Würde das Korrekturmodell, das in dieser Untersuchung zu Grunde gelegt wurde, umgesetzt, gäbe es kaum eine Umverteilung der Direktzahlungen. Die Direktzahlungen würden bei wenigen arbeitsextensiven Ackerbaubetrieben gekürzt. Die personalintensiveren größeren Betriebe mit Nachteilen in der Rationalisierung ihre Wirtschaftsweise wären immerhin nicht von Kürzungen betroffen und werden damit wirtschaftlich stabilisiert. Die Bewirtschaftung aller übrigen Betriebe bliebe wie bisher. Allerdings gibt das Modell einen Anreiz für Betriebsteilungen, was wiederum eine weitere Vereinzelung von Betriebszweigen und deren Rationalisierung nach sich ziehen könnte. Außerdem würden die Fördermittel Regionen mit arbeitsextensiven Strukturen entzogen werden (Beispiel Tschechien).

### Erhebliche Umverteilungen bei Aufgabe der Flächenbindung

Eine Bindung der Direktzahlungen an die Arbeitskosten stützt größere Familienbetriebe dann, wenn sie ihre Betriebe anpassen und (mehr) Mitarbeiter beschäftigen. Dieses Modell fördert Betriebe mit notwendigerweise hohem Personalaufwand. Hier werden die Direktzahlungen zu den großen viehhaltenden Personengesellschaften mit entsprechender Lohnarbeit umgeleitet (Nr. 2). Aber auch die kleineren bis mittelgroßen Familienbetriebe im Haupt- und Nebenerwerb, da deren Grundbeiträge in die Sozialversicherung verhältnismäßig hoch sind.



#### 4. Milchviehbetrieb 23 Kühe und Nachzucht, 23 ha LN, 18 ha Grünland

Bei diesem Milchviehbetrieb wird deutlich, dass sowohl eine Berechnung nach standardisierter Arbeitszeit als auch den Sozialbeiträgen kleinerer arbeitsintensive Betriebe stärken würden. Bei Anwendung beider Verfahren käme es zu mehr als einer Verdopplung der Direktzahlungen von 7.900 Euro auf über 16.000 Euro. In Relation zu Betrieb Nr. 3 haben diese Familienbetriebe relativ hohe Sozialversicherungsbeiträge zu leisten. Ein ähnlich kleiner, aber arbeitsintensiv wirtschaftender Ackerbaubetrieb würde bei Berechnung der Direktzahlungen nach dem standardisierten Arbeitsbedarf dagegen erhebliche Kürzungen hinnehmen müssen.



Die stärkste Umverteilung bewirkt das Modell, das sich auf die standardisierte Arbeitszeit stützt. Hier profitieren speziell die arbeitsintensiven Betriebszweige im Haupt- und Nebenerwerb. Mit diesem Modell wird der hohe Arbeitsaufwand in familienbetrieblich geführten arbeitsintensiven Milchviehbetrieben am stärksten gewürdigt, und zu deren Einkommenssicherung und wirtschaftlichen Stabilisierung beigetragen. Bei diesem Modell allerdings verlieren nicht nur die arbeitsexensiven, stark rationalisierten Ackerbaubetriebe (Nr. 1) sondern durch den angenommenen hohen Rationalisierungsvorteil (Degression) auch die flächenstarken Verbundbetriebe mit größeren Viehhaltungszweigen (Nr. 2).

Aber es bleiben auch einige Fragen offen. Im Falle einer Bindung der Direktzahlungen an die Beiträge zur Sozialversicherung muss geklärt werden, welche betrieblichen Tätigkeiten als landwirtschaftlicher Betriebszweig gelten oder eben nicht (Biogas; Hofladen). Es fehlen noch Kenntnisse darüber, wie das Modell auf regional unterschiedliche bzw. sich ändernde Lohnniveaus reagieren würde? Der Anspruch, gerade Beschäftigungsformen in der Landwirtschaft zu fördern, die qualitativ hochwertiger und auch innovativer sind, wird hier nicht garantiert. Auch sind die Grundlagen zur Berechnung der Beitragszahlungen zu den Sozialversicherungen in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich organisiert.



#### Arnd Spahn / EFFAT

Das Projekt hat gezeigt, wie unterschiedlich der Kenntnisstand über die Beschäftigung in den einzelnen Mitgliedsländern ist. Wir brauchen mehr Informationen über die Arbeitssituation in der Landwirtschaft damit wir wirksame Konzepte zur Verbesserung der Qualität der Arbeit und zur Vermeidung von Armut im ländlichen Raum entwickeln und umsetzen können.

Die beiden Modelle haben folgende Vorteile:

- Eine wirtschaftliche Stabilisierung arbeitsintensiver und personalstarker Betriebe wirkt dem Strukturwandel entgegen.
- Eine Förderung der Differenzierung der Flächenbewirtschaftung hat positive Wirkungen auf die Umwelt (z.B. Biodiversität) und regionale Wirtschaft.
- Die Förderung des Faktors Arbeit bereitet die Landwirtschaft auf zu erwartende hohe Energiekosten vor (Diesel, N-Dünger).
- Gerade eine Bindung an Sozialbeiträge fördert direkte Einstellungen in der Landwirtschaft und wirkt damit gegen Schwarzarbeit und für mehr soziale Sicherheit.

Am Standardarbeitszeitmodell wird das pauschale Vorgehen bei der Ermittlung des standardisierten Arbeitsbedarfes kritisiert und die Gefahr einer weiteren Rationalisierung der Betriebe. Auch fördert dieses Modell keine geschützten Arbeitsverhältnisse sondern nur indirekt über den Arbeitsaufwand Beschäftigungsanreize. Dies könnte eine Verknüpfung mit einem Nachweis zur Beschäftigung notwendig machen.

Fazit: Wird die Arbeit in den Mittelpunkt der Gemeinsamen Agrarpolitik gestellt gibt es erhebliche Umverteilungen der Direktzahlungen über alle Betriebsgrößen hinweg! Die „neuen Herausforderungen“ der EU-Agrarpolitik können durch die Förderung der Arbeit statt der Fläche vom Grundsatz her gestärkt werden!

# Arbeit in der europäischen Landwirtschaft - offene Fragestellungen und Forschungsbedarf

Prof. Dr. Theodor Fock,  
Hochschule Neubrandenburg

## Landwirtschaft wieder im Fokus öffentlicher Diskussionen

Landwirtschaft und Fragen der landwirtschaftlichen Produktionsweise sind wieder stärker in den Blickwinkel des öffentlichen Diskurses gerückt als vor einigen Jahren. Dabei spielen vor allem Wünsche der Gesellschaft an die Produktionsweisen (Umweltgerechtigkeit und artgerechte Tierhaltung), aber auch der potenzielle Konflikt zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion sowie eine Verbesserung der Welternährungssituation eine Rolle. Dagegen genießen Fragen der Arbeitsbedingun-

eine sehr differenzierte Entwicklung. Die Entwicklung verläuft bei einzelnen Beschäftigtengruppen – Familienarbeitskräfte, ständig beschäftigten Lohnarbeitskräften, Saisonarbeitskräften – unterschiedlich, ebenso zwischen den Mitgliedstaaten. Verschiedene Trends kann die amtliche Statistik nicht erfassen. Nicht legal beschäftigte Saisonarbeitskräfte werden nicht erfasst, eine zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung, wodurch Arbeitsgänge aus dem Agrarsektor verlagert werden, ebenfalls nicht. In Deutschland gewinnen gewerbliche Lohnunternehmen beispielsweise zunehmend an Bedeutung. Neue Arbeitsfelder wie die Energieerzeugung oder kommunale und umweltbezogene Dienstleistungen werden aus steuerrechtlichen Gründen häufig ebenfalls formal außerhalb des Agrarsektors durchgeführt.

## Strukturwandel durch viele Faktoren beeinflusst

Langfristig haben mehrere unterschiedliche Faktoren Einfluss auf die weitere quantitative und qualitative Entwicklung von Arbeit und Arbeitsorganisation in der Landwirtschaft. Dies sind technische Entwicklungen, demografischer und gesellschaftlicher Wandel, Aspekte der Arbeitsorganisation sowie der Einfluss von Märkten, internationalem Wettbewerb und Agrarpolitik (letztere werden hier nicht betrachtet). Technischer Wandel, insbesondere Auswirkungen des rasanten Einzugs von Informationstechnologien in landwirtschaftliche Prozesse sind bislang wenig untersucht. Gesellschaftliche Wandlungsprozesse, veränderte Werthaltungen und Lebensmodelle finden erfahrungsgemäß, wenn auch mit Verzögerung, Einzug in ländliche Gesellschaften. Gerade für Familienbetriebe zeichnen sich entsprechende Auswirkungen ab und können beobachtet werden: höhere Scheidungsraten, größere berufliche Selbstständigkeit von Frauen, Lebensmodelle, die stärker die individuelle Selbstverwirklichung in den Mittelpunkt rücken, können das traditionelle Modell landwirtschaftlicher Familienbetriebe in Frage stellen – und zwar unabhängig von den wirtschaftlichen Perspektiven.



gen und tiefgreifende Veränderungen traditioneller ländlicher Gesellschaften weniger Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Die öffentliche Wahrnehmung wird auch in den Schwerpunkten wissenschaftlicher Analysen widerspiegelt.

In der europäischen Landwirtschaft (EU-27) waren 2007 mehr als 26 Mill. Personen beschäftigt (ohne Saisonarbeitskräfte), von denen mehr als 24 Mill. Familienarbeitskräfte und knapp 2 Mill. regelmäßig beschäftigte Lohnarbeitskräfte sind. Umgerechnet entspricht dies 11,7 Mill. Vollzeitbeschäftigten und pro Jahr ist ein Rückgang von 400 – 450.000 zu verzeichnen. Der scheinbar eindeutige statistische Trend – ein sich fortsetzender Rückgang der landwirtschaftlichen Beschäftigung – zeigt sich bei näherer Betrachtung als



Der demografische Wandel wirkt sich ebenfalls gravierend auf den Faktor Arbeit in der Landwirtschaft aus: durch „fehlende“ Kinder kann die Hofnachfolge gefährdet werden und generell, nicht nur bei Familienarbeitskräften, zeichnet sich Fachkräftemangel in der Landwirtschaft ab, der durch die demografische Entwicklung verschärft wird. Ländliche und landwirtschaftliche Arbeitsmärkte sind in Europa durch nationale Regelungen im Sozial- und Arbeitsrecht und durch nationale oder regionale Traditionen stark geprägt, so dass Entwicklungsprozesse unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen stattfinden. Eine vergleichende, europäische wissenschaftliche Analyse findet kaum statt, meistens beschränken sich Studien auf die jeweiligen nationalen Arbeitsmärkte.

#### Alois Karner / ProGe

Die im Projekt diskutierten theoretischen Ansätze haben wir in Betriebsbesuchen mit den Praktikern diskutieren können. Die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Kammern und Bildungsträgern machte deutlich wie wichtig eine transnationale interdisziplinäre Arbeit ist.



#### Agrarsozialforschung mit Defiziten

In den vergangenen rund dreißig Jahren wurden in wissenschaftlichen Analysen, die sich mit landwirtschaftlicher Arbeit befassen, gewisse Schwerpunkte gesetzt. Dabei befassen sich unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen mit ihrem jeweiligen fachdisziplinären Blick mit der Thematik. Dies sind insbesondere Teildisziplinen der Agrarökonomie, darüber hinaus die ländliche Soziologie wie regionalökonomische und regionalplanerische Bereiche. In den 1980er Jahren war eine Renaissance der Forschung zum landwirtschaftlichen Familienbetrieb zu verzeichnen. In den 1990er Jahren rückten Fragestellungen der Transformationsforschung und unterschiedliche Organisationsmodelle in der Landwirtschaft in den Fokus. Parallel und im Anschluss haben Fragen der ländlichen Entwicklung, insbesondere Fragen einer endogenen Entwicklung, große Bedeutung gewonnen. Aktuell ist es schwer, eine dominierende Fragestellung zu benennen. Insgesamt

nimmt die Thematik „Ländliche und landwirtschaftliche Arbeitswelten“ in dem betrachteten Zeitraum für die benannten Fachwissenschaften jeweils nur eine untergeordnete bzw. randständige Stellung ein. Auswirkungen von technischem, gesellschaftlichem und demografischen Wandel werden, wenn überhaupt, nur in einzelnen Studien untersucht.

Die europäische Dimension für derartige wissenschaftliche Studien fehlt weitestgehend. Zwar spielen nationale Bedingungen weiterhin eine große Rolle, aber auch landwirtschaftliche Arbeit wird europäisiert und Faktoren wie der technische, demografische und gesellschaftliche Wandel sind ebenfalls europäische Phänomene. Arbeitsmärkte sind nicht mehr durch nationale Grenzen abgeschottet und bei Saisonarbeit spielen grenzüberschreitende Wanderungen schon länger eine entscheidende Rolle. Zugleich finden aber auch Wanderungen landwirtschaftlicher Unternehmer statt (niederländische oder dänische Landwirte in Mittel- und Osteuropa usw.) statt und in jüngster Zeit ist auch ein vermehrtes Engagement nicht-traditioneller Investoren zu beobachten, Phänomene, die bislang nur wenig untersucht wurden. Daher wäre es insgesamt wünschenswert, wenn unterschiedliche Fragestellungen landwirtschaftlicher Arbeitsmärkte verstärkt auch in ihrer europäischen Dimension untersucht werden. Der Agrarsektor wird seine Funktionen in der Nahrungsmittelproduktion und darüber hinaus und insbesondere in einer Art und Weise, die gesellschaftlichen Ansprüchen und Wünschen entspricht, zukünftig nur dann erfüllen können, wenn Beschäftigte in der Landwirtschaft, Familien- und Lohnarbeitskräfte, in ausreichender Anzahl tätig sind, motiviert und engagiert arbeiten können und dies vor allem unter guten Arbeitsbedingungen tun können.

# Beschäftigungsanreize in der Gemeinsamen Agrarpolitik - Handlungsschwerpunkte der Gewerkschaften

Thomas Hentschel,  
PECO Institut e.V.

Beschäftigung wird in den nächsten Jahren ein zentrales Problem in der wirtschaftlichen Entwicklung Europas sein, besonders in den ländlichen Regionen. In einer Studie der europäischen Kommission „Armut und soziale Ausgrenzung im ländlichen Raum“<sup>2</sup> wird für viele periphere Räume Armut prognostiziert. Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft sind dabei von besonderer Bedeutung. Zwar nimmt die Land- und Forstwirtschaft nur einen geringen prozentualen Anteil an den Arbeitsplätzen und der Wertschöpfung im ländlichen Raum ein, doch sind die Wirkungen auf die Beschäftigung in vor- und nachgelagerten Bereichen unbestritten hoch. Einem landwirtschaftlichen Arbeitsplatz stehen fünf weitere in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen gegenüber<sup>3</sup>.



Wenn die Landwirtschaft nicht funktions- und wettbewerbsfähig bleibt, hat dies unmittelbare Auswirkungen auf andere Arbeitsplätze und damit auch auf den ländlichen Raum insgesamt.

Probleme wie der demografische Wandel, die Konkurrenz um Arbeitskräfte mit anderen attraktiveren Branchen und ein prognostizierter Fachkräftemangel werden zunehmend wahrgenommen und diskutiert. Während Arbeitskräfte als Saisonarbeiter für einfache, anlernbare Tätigkeiten noch leicht aus anderen Regionen angeworben werden können,

Mit dem Vorschlag, Löhne zu subventionieren finden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das erste Mal Berücksichtigung in der Gemeinsamen Agrarpolitik!

wird dies bei Fachkräften schon schwieriger. Deshalb muss eine vorausschauende Agrarpolitik sich dieser Problematik stellen.

Die bisherige Förderpolitik von Produkt- und Flächensubventionen wird diesen Anforderungen nicht gerecht und steht auch angesichts der knapper werdenden finanziellen Mittel immer stärker in der öffentlichen und politischen Kritik. Mit dem am 12.10.2011 von der Europäischen Kommission vorgelegten Verordnungsentwürfen zur Gemeinsamen Agrarpolitik wird ein Paradigmenwechsel eingeleitet - so die Entwürfe vom Europäischen Rat und EU-Parlament verabschiedet werden sollten.

Doch mit diesem Schritt ist keine qualitative Verbesserung der Arbeit und der Arbeitsbedingungen verbunden. Um den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft nach zu kommen bedarf es Initiativen und Fördermöglichkeiten für eine qualitative Verbesserung landwirtschaftlicher Arbeit. Hier sehen die Gewerkschaften verschiedene Handlungsschwerpunkte.

Eine Kernforderung der vergangenen Jahre war beispielsweise die Aufnahme von europäischen Arbeits- und Gesundheitsschutz Standards in die Cross Compliance Regeln. Diese Forderung nach Kürzung von Subventionen bei Nichteinhaltung von gesetzlichen Bestimmungen wäre zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung von „nachhaltiger Arbeit“, - reicht aber nicht aus.

Unternehmen sollten vielmehr angehalten werden selbst Initiative zu ergreifen, um gute Arbeitsbedingungen zu entwickeln. Die Entwicklung und Förderung von zusätzlichen sozialpartnerschaftlichen Sozialsystemen um einer Armut unter Landarbeitern vorzubeugen wäre so ein zukunftsweisender Schritt.

<sup>2</sup> Armut und soziale Ausgrenzung im ländlichen Raum; Europäische Kommission, GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit; Brüssel 2008

<sup>3</sup> Deutscher Bauernverband, Situationsbericht 2011, S.10

Weitere Ansätze Direktzahlungen an den Faktor Arbeit zu binden sind im Rahmen dieses Projektes entwickelt, bzw. diskutiert worden. Die drei untersuchten Modelle haben zum Ziel Beschäftigung stärker in der Agrarförderung zu berücksichtigen. Allerdings sind die entwickelten Ansätze noch nicht europäisch vergleichbar, es fehlt das notwendige Wissen über die Bewertung von Arbeit in Europa und eine einheitliche Datenbasis für erforderliche Berechnungsgrundlagen. Für die nächste Förderperiode schlagen wir vor, dass im Rahmen der so genannten zweiten Säule die Auswirkungen des technischen, gesellschaftlichen und demografischen Wandels auf die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft erforscht werden. Natürlich muss zur Vergleichbarkeit der Daten und Informationen auch ein transnationaler Austausch und ein Wissenstransfer erfolgen.

Überhaupt bietet die zweite Säule gute Ansätze zur Entwicklung von „nachhaltigen Arbeitsbedingungen“. Eine Grundlage dafür ist die Förderung von Bildungsarbeit. In zahlreichen Bildungsinitiativen haben die europäischen Sozialpartner verdeutlicht, dass sie handlungsfähig sind. Mit der Vereinbarung der Sozialpartner zum Agripass liegt seit mehr als 10 Jahren ein Europäischer Ansatz zur Beruflichen Bildung in der europäischen Landwirtschaft vor. Dieses Instrumentarium muss im Zusammenhang mit dem Europäischen Qualifizierungsrahmen weiter entwickelt und als Orientierung für das lebenslange Lernen in der beruflichen Bildung in der Land- und Forstwirtschaft dienen.

Bei der Festlegung von Fördermaßnahmen sollte die Arbeitsplatz-Wirkung ein wichtiges Bewertungskriterium sein. Agrarinvestitionen in bauliche Anlagen, Maßnahmen der Dorferneuerung, energetische Sanierungen oder die Förderung von erneuerbaren Energien sind mögliche Ansätze Beschäftigung in ländlichen Regionen für kleinere und mittlere Handwerksbetriebe direkt zu fördern.

Für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige europäische Landwirtschaft sind gut ausgebildete Beschäftigte unabdingbar! Die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, die Sicherung von Fachkräften und Begleitung des demografischen Wandels sowie die Bekämpfung der sozialen Armut auf dem Lande und die Einhaltung und Entwicklung sozialer Standards sind Eckpunkte gewerkschaftlichen Handelns.



## Kontaktdaten

### *Deutschland*

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt - [www.igbau.de](http://www.igbau.de)  
PECO-Institut für nachhaltige Regionalentwicklung e.V. - [www.peco-ev.de](http://www.peco-ev.de)  
[www.agri-employment.eu](http://www.agri-employment.eu)  
[www.laendlicher-raum.eu](http://www.laendlicher-raum.eu)  
Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V. - [www.kasseler-institut.org](http://www.kasseler-institut.org)  
Hochschule Neubrandenburg - [www.hs-nb.de](http://www.hs-nb.de)

### *Österreich*

Produktionsgewerkschaft ProGe - [www.pro-ge.at](http://www.pro-ge.at)

### *Frankreich*

FGA / CFDT - [www.fga-cfdt.fr](http://www.fga-cfdt.fr)  
Forum Social Innovation - [www.forum-si.eu](http://www.forum-si.eu)

### *Tschechische Republik*

OSPZV / ASO - [www.ospzv-aso.cz](http://www.ospzv-aso.cz)

### *Rumänien*

Agrostar - [www.federatia-agrostar.ro](http://www.federatia-agrostar.ro)

